01.03.2012

Inklusion in der Bildung – ein Entwurf sorgt für Spaltung zwischen Politik und Eltern

Hessische Eltern sind sich einig – ohne zusätzliche finanzielle Mittel ist die Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems nicht nur unmöglich – es führt auch sämtliche Willensanstrengungen in diese Richtung ad absurdum.

Worum geht's? Inklusion bedeutet im schulischen Kontext, dass Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigung zusammen lernen sollen. Deutschland und Hessen haben die sogenannte UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben und sich damit verpflichtet, Schülerinnen und Schüler gemeinsam inklusiv zu unterrichten. Um Inklusion in der Schule umzusetzen, hat das Hessische Kultusministerium einen – bereits verbesserten – Entwurf erarbeitet, den der Landeselternbeirat und die hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte in dieser Form nicht unterstützen können.

Der Entwurf sieht keine wirkliche Wahlmöglichkeit für Eltern vor, welche Schule ihr Kind besuchen soll. Es gibt zwar einen Förderausschuss, bei dem Eltern involviert sind, letztlich können diese aber ganz einfach überstimmt werden. Bei der Entscheidung wirkt die Schulleitung mit, die die ökonomischen Interessen der Schule berücksichtigen muss. Letztlich entscheidet in letzter Konsequenz das staatliche Schulamt, ob ein Kind inklusiv beschult wird.

Hessische Eltern haben sich mit vielen Experten ausgetauscht und unter verschiedenen Aspekten den Entwurf des Kultusministeriums gelesen. Egal aus welcher Sicht man den Entwurf betrachten mag – er trägt aus Sicht hessischer Eltern nicht dazu bei, inklusiven Unterricht in unserem System und unserer Gesellschaft zu verankern.

Eine ausführliche Position aller hessischen Elternvertreter finden Sie in der beigefügten gemeinsamen Stellungnahme.

Landeselternbeirat von Hessen
Idsteiner Straße 47
60326 Frankfurt a. M.
www.leb-hessen.de
Telefon 069 758917 -0
Fax 069 758917-10
geschaeftsstelle@leb-hessen.de